

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegraph-Blatt
Tageblatt Riesa.

Gesprächsstelle
Nr. 20

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

M 13.

Mittwoch, 17. Januar 1894, Abends.

47. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jedem Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, den Ausgabestellen, sowie am Schalter der kaiserl. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigen-Ausnahme für die Nummer des Ausgabatages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kastanienstraße 50. — Für die Redaktion verantwortlich: Herrn. Schmidt in Riesa.

Ein Nothruf gegen die Ausschreitungen der Sozialdemokratie.

Die Vorstände von 42 Gemeinden der Umgebung Dresdens, insbesondere die Vertreter der größeren Vorortgemeinden, wenden sich in einem „Nothruf“ an die sächsische Ständeversammlung, worin sie darlegen, daß der Aufenthalt in diesen Gemeinden für jeden achtbaren und monarchisch gesinnten Staatsbürger geradezu unerträglich geworden sei, „durch eine sich geltend machende Bürgellosigkeit, welche Alles zu vernichten und unter ihre Zwangsherrschaft zu drängen sucht, was sich nicht ihr zuschaut.“ Die Mittel hierzu seien namentlich folgende: Bei Beginn der Dunkelheit durchzogen junge Burschen, oft in größeren Trupps, die Orte, suchten anständige Leute, „vermuthliche Gegner des Umsturzes, anzutreiben“ und erwiderten Worte abwährender Art mit Schimpf- und Drohreden, auch wohl mit thätlichen Bekleidungen. Für Frauen, welche auch nur auf kurze Strecken Orte allein passirten, erwünschte die Gesamt der schwersten Throverlegungen. Trupps, oft zu vielen Hunderten von Personen, zögern an Sonn- und Festtagen, nach vorheriger Aufforderung durch die Presse, von Ort zu Ort, revolutionäre Lieder singen, sperrten die Straßen und zwangen Entgegenkommende zum Ausweichen auf die Materialhäuser oder in die Seitengräben. Von den Tanzwirthen und deren Musikkören würde das Aufspielen revolutionärer Lieder gefordert. Im Weigerungsfall werde dann „wie auf Kommando“ der Genau von Speise und Trank eingetellt, man beginne, unter Pfeifen und Singen solcher Lieder, die Tanzflächen zu bebauen, verhöhne und bedrohe die Tanzenden und zwinge sie endlich, zur Vermeidung allgemeinen Aufstandes „den Hüppen sich jugend“ die Tanzstätte zu verlassen. „Diese Schädigung der Wirths- und Musikköre erfolge stets planmäßig. In der Regel werde dies Planvöter an ein und demselben Sonntage auf verschiedenen Sälen unternommen. Es sei fast ebenso unmöglich, an den Geburtstagen Sr. Majestät des Kaisers oder des Königs seiner monarchischen Gesinnung oder seiner Vaterlandsliebe durch Flaggenhiss oder sonst Ausdruck zu geben, als für Viele, namentlich für Geschäftsmenschen, der Besuch des Gottesdienstes.“ Oft erkönne mündlich und durch die Presse öffentlich gegen Geschäftsmenschen der Ruf: „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns, und wer diesem um seiner Existenz will.“ „Schwere, drückende Folgen hätten Vorwürfe schon gezeigt, namentlich wenn der gütige Pfarrer der Presse mitwirkt.“ „Doch Trupps von 300 und mehr Personen in friedlichen Schankstätten eindringen, Getränke bestellen, doch davon nichts trinken und nach mehrstündigem Aufenthalt und Verunreinigung der Schankstube ohne Zahlung wieder gehen, sei nichts Seltenes ic.“ Die Petition gipfelt in der Bitte um Verstärkung des polizeilichen Schutzes, insbesondere der Landgendarmerie.

Die vierte Deputation der ersten Kammer, die jetzt über die Petition Bericht erstattet, bemerkt dabei u. A.: „Für Viele ist es unverständlich, wie es hat so weit kommen können! Viele glauben, die Sozialdemokratie mit deren Ausschreitungen werde an ihren eigenen, inneren Widersprüchen zu Grunde gehen, sie werde mit der Zeit verschwinden, verschwinden, absterben. Es gilt dies sogar als die Ansicht mächtender Kreise! Man fühlt sich beunruhigt von der Möglichkeit einer solchen Ansicht! Lieberwiegend aber hegt man — und dies spricht auch aus der vorliegenden Petition — das Bedürfnis eines festen Entgegentretns gegen die Ausschreitungen der Sozialdemokratie und der ihr verwandten Elemente. Da steht nun zu erwarten, daß die Unterstützung seitens der hohen ersten Kammer nicht fehlen wird, wenn die königliche Reichsregierung einer Stärkung ihrer Machtmittel zur Bekämpfung des Umsturzes bedarf, und die zu Gebote stehenden Mittel ausgiebig anwenden, um die zerlegenden Elemente niederzuwerfen, das Bewußtsein der staatlichen Ordnung aufrecht zu erhalten. Vor Atem aber ist zu erhoffen, daß die Reichsregierung ihre zuwartende, passive Haltung diesen zerlegenden Elementen, und immer unverhüllter hervortretenden, bedenklichen Ereignungen gegenüber aufgeben, und kräftiger eintreten werde für Niederhaltung der Gegner der gesetzlichen Autorität und Wiederherstellung des gesundhaften Glaubens an den Schutz der bürgerlichen Gesellschaft. Dass die Reichsregierung in diese Bahnen eintreten, die erforderlichen gesetzgeberischen Maßregeln ergreifen werde, möge das ernste Bestreben unserer Königlichen Staatsregierung sein! Sie wird sich hierin nicht vereinzelt finden nach dem Erlass des König-

lich Preußischen Ministeriums des Innern vom 29. Juli v. J. zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, und noch der Erklärung des Königlich Bayrischen Ministeriums des Innern vom 17. v. M. im Hause der Abgeordneten: — Gegen die Sozialisten könne nur Energie und scharfe Zurückweisung etwas erreichen. Die Regierung werde den Sozialisten entgegentreten, soweit es das Gesetz erlaube. — Die Deputation glaubt daher auf die vorliegende Eingabe als Antwort empfehlen zu müssen: Die hohe Kammer wolle beschließen: die Petition, insofern sie einen allgemeinen Nothruf gegen die Ausschreitungen der Sozialdemokratie enthält, der Königlichen Staatsregierung zur Erwägung zu überweisen, und hierbei die Erwartung aussprechen, daß die Königliche Staatsregierung mit allen zulässigen Mitteln dem Umsturzgreifen und den Ausschreitungen der staatszerlegenden Elemente entgegentreten werde; insofern jedoch die Petition die Vermeidung des Landgendarmeriecorps und die Gewährung von Mitteln zur Verstärkung der Gemeindepolizeiorgane betrifft, der Entscheidung der Finanzdeputation zu überlassen.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Die Eröffnung des preußischen Landtages fand gestern Vormittag 11 Uhr im Weißen Saale des königlichen Schlosses in der üblichen feierlichen Weise statt, nachdem für die katholischen Mitglieder in der Hedwigskapelle, für die evangelischen in der Schloßkapelle ein Gottesdienst stattgehabt hatte. An dem Letzteren nahm der Kaiser mit großem Gefolge Theil. Nachdem der Kaiser unter den Klängen des Marsches „Wilhelm von Nassau“ die Kapelle verlassen und den Weißen Saal durchschritten hatte, nahmen die Mitglieder des Landtages, die äußerst zahlreich versammelt waren, im Saale Aufstellung; die Minister stellten sich, der Präsident voran, zur Linken des Thrones auf. Hierauf betrat der Kaiser unter Begleitung der Schloßgardecompagnie wieder den Saal, durch ein vom Herrenhauspräsidenten Fürsten Stolberg ausgebrotches Hoch begrüßt; er nahm seinen Platz vor dem Throne ein, bedeckte das Haupt mit dem Helm und ließ sich von dem Ministerpräsidenten die Thronrede richten, welche er mit lauter Stimme vorlas, den Schluss besonders betonend. Die Rede, die wir unter den Telegrammen gestrichen sind, in ihrem Hauptinhalt mitgetheilt haben, ward schwiegend angehört, nicht der geringste Beifall wurde laut. Der Ministerpräsident erklärte sodann den Landtag für eröffnet. Als bald verließ der Kaiser unter dem Hoch, das von dem Alterspräsidenten des Abgeordnetenhauses, Dieder (Centrum), ausgebracht wurde, freundlich grüßend den Saal.

Bei der „Augsb. Abendzeitung“ angeblich aus zuverlässiger Quelle mitgetheilt wird, ist der Gesundheitszustand des Fürsten Bismarck bedauerlicherweise wieder kein günstiger zu nennen, da durch die Unkunst der Witterungsverhältnisse zu den neuralgischen Schmerzen, die sich stets von Zeit zu Zeit mit großer Heftigkeit einstellen, ein starker Catarrh hinzugetreten sei.

Was geschieht, wenn die Steuervorlagen fallen, ergiebt sich aus einer halbamtl. Mittheilung des „Hamb.corr.“, in der es heißt: „In Bezug auf die Finanzpläne in Preußen ist in Folge des vorausichtlichen Scheiterns der Reichsfinanzreform insofern eine Änderung eingetreten, als der Gedanke, vorerst eine Erhöhung der Einkommensteuer noch vermeiden zu können, als unausführbar angesehen und sicher für 1894/95 ein Zuschlag von mindestens 4 Millionen auf Kosten genommen ist. Und zwar zu allen Stufen der Einkommensteuer, weil wegen der starken Defession, welche der preußische Einkommensteuertarif noch unten aufweist, in Verbindung mit der Befreiung aller Staatsbürger mit weniger als 900 M. Einkommen und der Erhöhung der Steuersätze für die großen Einkommen bis zu 4 v. H. vom Standpunkte der Gerechtigkeit wie aus nobilitierenden praktischen Gründen eine weitere Überlastung der größeren Einkommen sich verbietet.“ Dieser Hinweis dürfte seinen Eindruck auf dem Reichstag nicht verfehlt, denn ähnlich wird es auch in den anderen Bundesstaaten kommen.

Das auch im Großherzogthum Hessen der partikularistischen Preußenhass Boden findet, ersehen wir aus der „Wölfeiner Ztg.“, die zu der Verlobung des Großherzogs bemerkte: „Wir können diesen Entschluß des Großherzogs — wenn

somit Alles beim Alten bleibt — gewiß nur mit Freuden willkommen heißen und wünschen, daß die bevorstehende Erhöhung eine in jeder Hinsicht für das Hessenvolk und Land gegegne und glücklich werden möge und wir von dem Schutz der Hirtige des allmächtigen und unersättlichen preußischen Hirs ein zweilen noch verschont bleiben.“

Einem im „Centralbl. der Bauverwaltung“ enthaltenen Bericht des Regierungs- und Bauraths Mohr in Oppeln über die Kanalisation der oberen Oder ist zu entnehmen, daß im Jahre 1894 die gesamten Bauten, falls nicht besonders ungünstige Wasserstände eintreten, im Wesentlichen vollendet werden sollen, so daß für 1895 nur die Fertigung eines Theiles der Entwässerungsanlagen verbleibe und die gesamte Strecke von Rosslau bis zur Neisse mündung im Jahre 1895 dem Großschiffahrtswasser übergeben werden könnte.

Frankreich. Es ist noch keineswegs sicher, ob Baillant, der Bombenwerfer, hingerichtet wird, so warm wird die Anteilnahme der entmerten Gesellschaft in Paris an dem Prozeß des Pumpen. In den Blättern werden Baillants Verhältnisse mit einem solchen Aufwand von rührender Poesie geschildert, daß, wie gemeldet wird, die Herzogin von Uzes sich bereit erklärt hat, für seine zehnjährige Tochter Sidonie vollständig zu sorgen. Baillant hat nun durch seine Vertheidiger mittheilen lassen, daß er das Kind einem Mädelsträger überlassen wolle, welcher sein einziger Freund sei und sich erboten habe, die Tochter Baillants mit seinen eigenen Kindern zu erziehen. Baillant will jedoch gestatten, daß die Herzogin von Uzes zum Lebensunterhalt seines Kindes Geldmittel beitrage. Andere weiche Gemüther denken daran, sich der Marchal anzunehmen, ein Frauenzimmer, das dem eigenen Gatten, einem Freunde und Kameraden Baillants entlaufen war, um mit diesem zusammen zu leben. Eine häbliche Gesellschaft!

Italien. In einem am 15. d. abgehaltenen Ministerrat machte Cavigli Mittheilung über die im District Carrara ausgebrochenen Tumulte, die er wegen der vortrefflichen Organisation der revolutionären Partei als sehr bedenklich bezeichnete; doch hoffte man, durch die auf den Schauspiel der Unruhen entstandenen Truppen der Ausdehnung der Bewegung vorgebeugt zu haben. Die Bedenklichkeit der letzteren wird allgemein zugegeben, wegen der sehr ungünstigen ökonomischen Verhältnisse in Piemont, der jederzeit zu Revolten geneigten Bevölkerung in Piemont, der angeblich fremden Einflüssen unterstehenden Arbeiter in Spezia und der bekanntlich gut disziplinierten Arbeitermassen Carraras.

Am Montag früh läutete in Torano ein bewaffneter Haushalt Sturm, drang in die Häuser ein und forderte von den Bewohnern Waffen und Munition. Die Außändigen fahren fort, die Arbeiter zu bedrohen, welche in die Motorbrüche zur Wiederaufnahme der Arbeit zurückkehren wollen. Auch die Arbeiter der unterhalb Carraras liegenden Motorbrüche von Piazzole wurden durch die Außändigen von Carrara zur Einstellung der Arbeit gezwungen. Gestern Nachmittag 2 Uhr griff das Militär bei Santa Lucia, das einen Kilometer von Massa entfernt liegt, eine bewaffnete Bande von 200 Anarchisten an, welche sich jedoch zurückzog. Die Geschäfte in Massa sind geschlossen, aber die Einwohnerzahl ist durch die Anwesenheit der Truppen beruhigt. — Gestern Dienstag fand bei Torano, das 1 Kilometer von Carrara entfernt liegt, ein Zusammenstoß zwischen Anarchisten und Militär statt, wobei 8 Anarchisten getötet und mehrere verwundet wurden. Das Militär hatte keine Verluste. In der Stadt Carrara, von wo man den Kampf beobachten konnte, entstand eine Panik. Die Truppen hielten die Straßen besetzt. — Der „Agenzia Stefani“ wird aus Massa gemeldet: Tausende Motorarbeiter streiken. Die Bevölkerung in Carrara wurde vergangene Nacht durch Schreien und Drohungen der Außändigen, die, wie es hieß, in die Stadt eindringen wollten, sehr beunruhigt. Durch die Wachsamkeit der Truppen innerhalb der Stadt und auf der Landstraße wurde Ruhestellung vorgezeigt. Die bewaffneten Haushalte zogen sich in das Gehölz zurück.

Württemberg. In vielen Städten des südwestlichen Württemberg hat der Prozentanteil der Juden an der Gesamtbevölkerung eine große Höhe erreicht, und in einigen dieser Städte, so namentlich in dem 70000 Bewohner zählenden Verditschow, Gouvernement Rijew, ist die Bevölkerung sogar bereits fast rein jüdisch. Aus Odessa meldet jetzt ein dor-